Jürgen Hardt MdB

**Berliner Büro**Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Per E-Mail an: [juergen.hardt@bundestag.de](mailto:juergen.hardt@bundestag.de)

**Anlasslose Chat Kontrolle bei Messenger Diensten**

Sehr geehrter Herr MdB Hardt,

Sie vertreten das Bergische Land im Bundestag in Berlin, daher wende ich mich an Sie.

Die EU plant eine sog. **Verordnung zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern, „Chatkontrolle“.** Diese Verordnung schießt über das eigentliche Ziel hinaus und will nicht nur potenziell strafbare Inhalte scannen, sondern auf **alle** Inhalte vor ihrer Verschlüsselung auf Messenger Diensten zugreifen.

Ich sehe darin einen Verstoß gegen Artikel 5 des GG, das freie Meinungsäußerung ohne Zensur garantiert, jedenfalls solange kein Verdacht auf eine Straftat vorliegt. Ich schließe mich hiermit der Einschätzung von RA Joachim Steinhöfel an, die er in einem Interview mit Julian Reichelt äußert: „Sie ist der Abschied vom demokratischen freien Gemeinwesen. Der Staat ist allmächtig. Die politischen Machthaber werden allmächtig. Der Bürger wird komplett kontrolliert.“ <https://www.youtube.com/watch?v=c9pE4zgjH18>

Freie Meinungsäußerung im privaten Raum gehört zu den wichtigsten Errungenschaften unserer Gesellschaft, Daten aus privaten Gesprächen dürfen nicht gespeichert werden.

Ebenso verstößt die geplante Verordnung gegen Artikel 10 des GG, der die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses sowie des Post- und Fernmeldegeheimnisses gewährleistet.

Auch der **Kinderschutzbund** lehnt diese Maßnahme ab, sie ist nicht zielführend, und er fordert daher: „zielgerichtete Maßnahmen statt anlassloser Massenüberwachung“. <https://netzpolitik.org/2025/eu-ueberwachungsgesetz-kinderschutzbund-stellt-sich-gegen-chatkontrolle/>

Ich bitte Sie also, in Gesprächen im Bundestag unsere Meinungsfreiheit zu vertreten und so dazu beizutragen, dass die Bundesregierung, insbesondere auch Digitalminister Karsten Wildberger, klar Stellung bezieht und sich gegen diese Chatkontrolle ausspricht.

Die Stimme der Bundesregierung spielt bei der Abstimmung im EU-Rat eine wichtige Rolle.

Bitte informieren Sie mich darüber, wie Sie sich in dieser Sache positionieren und wie Sie abzustimmen gedenken, sollte es zu einer Abstimmung darüber im Bundestag kommen. Dies spielt für mich bei Wahlen und Abstimmungen eine wichtige Rolle.

Freundliche Grüße aus Remscheid

Name

P.S. Ich verweise auch auf die Gemeinsame Erklärung von Forschenden zum neuen Vorschlag der EU-Präsidentschaft für die Verordnung über sexuellen Kindesmissbrauch vom 9. September 2025 und schließe mich dieser Erklärung ebenso an.

<https://csa-scientist-open-letter.org/Sep2025_de>